



Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin

Pressemitteilung: Neuer Bericht zu antisemitischen Vorfällen in Berlin

2.521 antisemitische Vorfälle in Berlin: langfristige Auswirkungen des 7. Oktober

Fast sieben antisemitische Vorfälle pro Tag, eine Zunahme antisemitischer Gewalt und insgesamt fast doppelt so viele Vorfälle wie im Vorjahr – der Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin 2024“ der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) zeigt das neue Ausmaß des Antisemitismus in der Stadt und die langfristigen Veränderungen seit dem 7. Oktober 2023.

Anhaltend hohes Niveau antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023

Viele Entwicklungen, die von RIAS Berlin seit dem 7. Oktober festgestellt wurden, setzten sich 2024 fort: Antisemitische Vorfälle haben sich auf hohem Niveau verstetigt, die antisemitische Gewalt in der Stadt ist weiter angestiegen. 43% der Vorfälle wiesen einen Bezug zum Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 oder zum Krieg zwischen Israel und der Hamas auf. Online und im öffentlichen Raum wurde konstant zu diesen Themen mobilisiert. Pro Woche wurden vier Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen in Berlin dokumentiert.

Im Durchschnitt ein antisemitischer Angriff pro Woche

Im Jahr 2024 wurden zwei Fälle extremer Gewalt sowie 53 Angriffe registriert, bei denen Betroffene getreten, geschlagen, bespuckt oder beworfen wurden. In vielen Fällen nahmen die Täter_innen jüdische oder israelische Symbole zum Anlass, die Betroffenen anzufeinden und anzugreifen. Im Januar unterhielten sich eine Frau und ein Mann in einem Imbiss in Neukölln auf Hebräisch, vom Nebentisch rief ihnen ein Mann „Fuck Israel“ entgegen, die Frau widersprach – daraufhin wurde sie von dem Mann mit einem Stuhl attackiert. Als die Frau den Stuhl abwehrte, prügelte einer der Angreifer auf sie ein, spuckte sie an und schlug ihrem Begleiter ins Gesicht.

Störung des Gedenkens: Beschädigungen von Gedenkortern haben sich verdreifacht

RIAS Berlin dokumentierte 54 gezielte Beschädigungen von Gedenkortern. So wurde im Mai auf einen Güterwaggon in Moabit, der als Mahnmal an die Deportation von Jüdinnen und Juden erinnern soll, „Free Palestine“ und „Fuck Israel“ gesprüht. Im August malten Unbekannte „Jews are committing Genocide“ auf ein Denkmal, das an den Protest von Frauen gegen die Inhaftierung ihrer jüdischen Ehepartner und Familienangehörigen im März 1943 erinnert, sowie eine Palästina-Flagge und „Free Palestine“ auf den Boden davor. In diesen Fällen wurde die Schoa bagatellisiert und deren Opfer in antisemitischer Umkehr zu Tätern gemacht. Auch Trauerstellen und Gedenkort für die Opfer vom 7. Oktober und die von der Hamas verschleppten Geiseln wurden beschädigt.

Mehr antisemitische Vorfälle an Schulen und Hochschulen

An Bildungseinrichtungen wurden RIAS Berlin deutlich mehr Vorfälle bekannt, allerdings ist weiterhin von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Jüdische Kinder und Jugendliche wurden von Mitschüler_innen angefeindet und in sieben Fällen auch körperlich angegriffen. An Hochschulen wurden jüdische oder israelische Studierende, mitunter wiederholt, antisemitisch beschimpft oder waren mit antisemitischen Kommentaren konfrontiert. Zudem wurde Antisemitismus in Parolen bei Protestaktionen, auf Plakaten und mit Schmierereien auf dem Hochschulgelände verbreitet.

Online: Antisemitische Botschaften enthemmter und gewaltvoller

Deutlich häufiger als in den Vorjahren waren jüdische oder israelische Institutionen Ziel antisemitischer Anfeindungen: Etwa eintausend antisemitische E-Mails oder Kommentare auf Social-Media-Plattformen wurden an Institutionen gerichtet. Dabei wurde häufig Bezug genommen auf den 7. Oktober sowie den Krieg zwischen Israel und der Hamas. Die antisemitischen Botschaften online beinhalteten teilweise explizite Androhungen von Gewalt, Befürwortungen der Schoa und andere Vernichtungsfantasien.

Jüdisches Leben findet weiterhin nur eingeschränkt in der Öffentlichkeit statt

Ob auf der Straße, im Park, im ÖPNV, im Café, bei Sportveranstaltungen oder in Kultureinrichtungen – Jüdinnen und Juden in Berlin sind in vielen Situationen des Alltags mit Antisemitismus konfrontiert und wurden mitunter auch aus früher vertrauten sozialen und politischen Räumen gedrängt. Seit dem 7. Oktober 2023 berichten Jüdinnen und Juden, dass die Situation nachhaltig geprägt sei von Gefühlen der Isolation und Unsicherheit, der Sorge um die eigene physische Unversehrtheit, von Erfahrungen des Verlusts – von Freund_innen, Bekannten und einstigen politischen Verbündeten – sowie einem Mangel an Solidarität und Empathie.

Der Bericht kann unter https://report-antisemitism.de/documents/2025-05-20_rias-be_Antisemitische-Vorfaelle-Berlin-2024.pdf eingesehen werden. Melden Sie sich für Pressefragen gerne unter presse@rias-berlin.de oder per Telefon unter 0155 60203129.

Stimmen zum Bericht

Julia Kopp – Projektleiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin

„Nach den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 und mit dem Krieg Israels gegen die Hamas ist die Zahl antisemitischer Vorfälle in Berlin 2024 nachhaltig gestiegen. Besonders besorgniserregend sind die antisemitischen Vorfälle an Schulen, bei denen jüdische Schüler_innen angefeindet und vereinzelt angegriffen wurden – oft ohne angemessene Reaktion der Einrichtungen. Bestehende zivilgesellschaftliche Meldeangebote sollten an Schulen wie auch Hochschulen bekannter werden, um das Dunkelfeld in Bildungseinrichtungen zu erhellen und Betroffene wirksamer unterstützen zu können.“

Mit dem fortwährenden Anstieg antisemitischer Vorfälle haben sich außerdem die politischen und gesellschaftlichen Konflikte und Debattenlagen zu Antisemitismus verschärft. Wichtige und sich über Jahre als erfolgreich erwiesene Strategien der Arbeit gegen Antisemitismus, wie sie etwa in Berlin verankert sind, müssen unabhängig von politischen Konjunkturen Bestand haben. Zusätzlich bereitgestellte Mittel für die Mehrarbeit der Projekte gegen Antisemitismus sollten die bestehenden Strukturen der Zivilgesellschaft auch erreichen.“

Sigmund Königsberg – Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

„Der vorliegende Bericht von RIAS Berlin zeigt, dass Antisemitismus sich im Laufe des Jahres 2024 auf hohem Niveau stabilisiert hat und dass jüdisches Leben in dieser Stadt massiv bedroht wird. Mitverantwortlich dafür sind auch politische Akteure, insbesondere in Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln, die seit Jahren antisemitischen Organisationen – z.B. „Palästina spricht“, der inzwischen verbotenen Samidoun oder BDS-nahen Gruppen – zumindest den Raum geben, um ihre Propaganda zu verbreiten.“

Es ist kein Zufall, dass in Friedrichshain nach massiven Angriffen das israelische Restaurant „DoDa's Deli“ geschlossen hat, der Techno-Club „about blank“ mit Boykottandrohungen überzogen wird oder in Neukölln die Programmkneipe „Bajszel“ mehrfach angegriffen wird. Und es „passt“ zu diesem Bild, dass Jüdinnen:Juden von Aktivitäten der LGBTIQ-Community – wie den „Dyke-March“ – ausgeschlossen werden. Deshalb sind alle politischen Akteure aufgefordert, bevor sie auf den Antisemitismus in anderen politischen Lagern und sozialen Gruppen zeigen, sich dem Judenhass in den eigenen Reihen zu widmen.“*

Alexander Rasumny – Leiter Kommunikation OFEK Berlin – Träger OFEK e.V.

„Die Zahlen von RIAS Berlin verweisen darauf, dass der Anstieg antisemitischer Vorfälle in der Hauptstadt seit der Zäsur des 7. Oktober 2023 eine Verschiebung auf Dauer darstellt. Diese Einschätzung untermauert auch der immense Beratungsbedarf bei OFEK Berlin: In den zwölf Monaten nach dem 7. Oktober hat die Beratungsstelle knapp 1.000 Fälle antisemitischer Gewalt und Diskriminierung aufgenommen und umfassend beraten. Besonders dramatisch ist die Lage für jüdische Schulkinder und Studierende: Ihr Alltag ist geprägt von Isolation, Ausgrenzung, zunehmend auch vom Rückzug in jüdische Räume. Die Notwendigkeit, aus Sicherheitsgründen die eigene Herkunft

zu verbergen, ist eine Erfahrung, die vielen aus familiären Erzählungen nur allzu bekannt ist. Sie steht sinnbildlich für ein eklatantes gesellschaftliches Versagen.“

Cansel Kiziltepe – Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

„Die aktuellen Zahlen von RIAS Berlin sind erschütternd: Allein im ersten Halbjahr 2024 gab es bereits mehr antisemitische Vorfälle als im gesamten Jahr zuvor. Fast jeden Tag werden in Berlin mehrere antisemitische Taten gemeldet. Uns muss alarmieren, wie sehr Jüdinnen und Juden in unserer Stadt unter Druck stehen! Ein entschlossenes Handeln ist jetzt dringender denn je nötig. Rassismus, Antisemitismus, Hass gegen queere Menschen und jede weitere Form von Menschenfeindlichkeit haben in Berlin keinen Platz!“

Prof. Dr. Samuel Salzborn – Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus

„RIAS Berlin ist ein extrem wichtiger Seismograph bei antisemitischen Mobilisierungsprozessen: Wir beobachten es im Feuilleton und sehen es auf der Straße – der massive Angriff auf die Erinnerungskultur, die antisemitische Täter-Opfer-Umkehr, die Relativierung der Schoa. Und RIAS Berlin zeigt: die gezielten Sachbeschädigungen an NS-Gedenkorten haben sich verdreifacht. Aus antisemitischen Worten werden Taten, niemand kann auf Basis dieser Dokumentation sagen, man könne diese Entwicklung nicht wahrnehmen.“